



**DIMENSION
PARLEMENTAIRE**



Rahmenpapier

**Interparlamentarische Konferenz zu
migrationspolitischen Herausforderungen**

Paris, 16. Mai 2022

Sitzung 2

Welche Hebel für die Kontrolle der Außengrenzen?



Sitzung 2

Welche Hebel für die Kontrolle der Außengrenzen?

Die Entwicklung einer ehrgeizigen gemeinsamen Migrationspolitik beinhaltet unweigerlich die Kontrolle der EU-Außengrenzen. Mangelnde Grenzkontrollen lösen schließlich eine Kettenreaktion aus: die Verschlechterung der Aufnahme- und Integrationskapazitäten für legale Migranten, das Risiko, die Aufrechterhaltung der Reisefreiheit im EU-Raum zu gefährden, und eine erhöhte Gefährdung von EU-Bürgern durch grenzüberschreitende Kriminalität.

Die unzureichende Kontrolle der Außengrenzen der Europäischen Union durch die Mitgliedstaaten ist **eine seit langem bekannte und umfassend dokumentierte Feststellung**.

Die Krise des Jahres 2015 hat das Ausmaß dieser Anfälligkeit deutlich gemacht. Frontex zählte in jenem Jahr, das durch die Verschärfung des Syrien-Konflikts gekennzeichnet war, mehr als 1,8 Millionen irreguläre Grenzübertritte in die Union. Obwohl die Aufnahmeeinrichtungen der Ersteinreiseländer schnell an ihre Grenzen stießen, muss festgestellt werden, dass die Reaktion der Europäischen Union den Herausforderungen nicht gewachsen war. Die Unzulänglichkeit der Dublin-III-Verordnung angesichts der angespannten Migrationslage, das begrenzte Mandat von Frontex und tiefe politische Differenzen sind einige der Gründe dafür, dass die Union nicht in der Lage war, eine koordinierte Antwort auf den plötzlichen Zustrom von Migranten zu finden. **Diese strukturellen Schwächen schürten ein anhaltendes gegenseitiges Misstrauen zwischen den Mitgliedstaaten**, dessen Symbol die gelegentliche Wiedereinführung von inneren Grenzkontrollen war.

Zwar konnte die Lage nicht zuletzt durch den Abschluss eines Transitabkommens mit der Türkei **stabilisiert werden**, die strukturellen Mängel unseres Kontrollsystems an den Außengrenzen wurden dadurch nicht beseitigt, und der Migrationsdruck bewegt sich weiterhin auf einem hohen Niveau.

Für das Jahr 2020 zählte Frontex beispielsweise 125.226 irreguläre

Grenzübertritte in Europa, die gegenüber 2019 aufgrund der Covid-19-Pandemie leicht rückläufig waren, sowie 370.174 Personen, die sich illegal auf europäischem Boden aufhielten. Des Weiteren wirkt die Rückkehrpolitik lediglich relativ, da im Durchschnitt nur 30 % der von den Mitgliedstaaten erlassenen Rückführungsentscheidungen vollstreckt werden.

Es wurden erste Weichen für eine bessere Kontrolle unserer Außengrenzen gestellt. So wurde beschlossen, Frontex von einer Unterstützungs- und Koordinierungsagentur zu einem echten Akteur vor Ort umzuwandeln. Die Aufstockung eines ständigen Kontingents auf 10.000 europäische Grenzschutzbeamte bis 2027 und die Verdoppelung des Budgets der Agentur auf 900 Millionen Euro sind hierfür starke Signale.

Außerdem schlägt der Entwurf des „Migrations- und Asyl-Pakets“, der im September 2020 von der Europäischen Kommission vorgelegt wurde, eine erhebliche Verstärkung der Hebel zur Kontrolle der Außengrenzen vor: die Einführung sogenannter „Screeningverfahren“ für Drittstaatsangehörige, die die Einreisebedingungen nicht erfüllen, die Einführung eines Asylverfahrens an der Grenze oder auch die Überarbeitung der Eurodac-Datenbank.

Besonderes Augenmerk wird ferner auf die Wirksamkeit der Rückführungspolitik gelegt, beispielsweise mit der vorgeschlagenen Ernennung eines europäischen Koordinators für Rückführungen. Nicht zuletzt betont der Entwurf **den Bedarf einer verstärkten Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern auf dem Gebiet der Migration durch „umfassende, ausgewogene und maßgeschneiderte“ Partnerschaften.**

Es gilt nun, einen Konsens zwischen den europäischen Partnern über die verschiedenen Dimensionen des Pakets herzustellen, um dem gemeinsamen Bestreben nach einer stärkeren Kontrolle unserer Außengrenzen gerecht zu werden.

In diesem Zusammenhang werden in dieser Sitzung mehrere Fragen erörtert: Welche Hebel müssen aktiviert werden, um letztlich eine bessere Kontrolle über unsere Außengrenzen zu gewährleisten? Wie kann ein Gleichgewicht zwischen dem erforderlichen Schutz unserer Grenzen und dem Schutz der Grundrechte von Migranten und insbesondere von Asylsuchenden gewährleistet werden? Wie lassen sich die Voraussetzungen für eine vertrauenswürdige Partnerschaft mit den Herkunfts- und Transitländern



schaffen? Wie können die Bedingungen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der Herkunftsländer von Migranten gefördert werden, die in der Europäischen Union bessere Lebensbedingungen zu finden glauben?